

Rudolf Hickel

Der geniale Provokateur aus Harvard

Zum fünfundneunzigsten Geburtstag von John Kenneth Galbraith (15.10.2003)

Mit Superlativen gilt es sparsam umzugehen. Dennoch darf John Kenneth Galbraith als einer der ganz großen Analytiker des modernen Kapitalismus mit Gespür für Reformbedarf bezeichnet werden. Mit einer ungeheuerlichen Schreibwut hat er dessen Triebkräfte aus Vermachtung und Interessengegensätzen beschrieben. Galbraith legt vor allem die aus der einzelwirtschaftlichen Profitdynamik erzeugten Defizite offen. Dazu gehört die brillante Beschreibung der Ursachen von Wirtschaftskrisen etwa am Beispiel der Großen Depression von 1929. Dechiffriert wird die Tendenz zur sozialen Ungerechtigkeit, zum Missbrauch von ökonomischer Macht, zur öffentlichen Armut im privaten Reichtum sowie zu Umweltkrisen. Er nennt die Profiteure, die „privilegierten Sorglosen von Malibu und Beverly Hills“, die die sozial Hilfsbedürftigen als Schmarotzer ab tun. Dieser Denkgigant aus Harvard bleibt jedoch nicht bei der Auflistung von Krisen und Defiziten stehen. Er setzt auf die politische Bändigung der immer wieder aus dem Ruder laufenden kapitalistischen Ökonomien. Er glaubt an die Ideale einer solidarischen Gesellschaft.

John Kenneth Galbraith, der am 15.10.1908 als Bauernsohn in der kanadischen Provinz Ontario geboren wurde, feiert heute seinen fünfundneunzigsten Geburtstag. Er kann auf eine unglaubliche Fülle an weitsichtigen Publikationen zurückblicken. Dazu gehören eine große Anzahl weltweit verbreiteter Bestseller. Allerdings ist seine Popularität in den letzten Jahren geschrumpft. Den derzeit übermächtigen Glauben an die Erlösung durch die neoliberal entfesselte Reichtumsmaschine Kapitalismus stören die galbraithschen Botschaften von einer solidarischen Ökonomie. Jedoch, die Renaissance seines Werks für eine politisch gestaltete, solidarische Wirtschaftsgesellschaft ist ziemlich sicher. Schließlich beschreibt er mit einem Gespür für historischen Wandel wie die Reduktion von Wirtschaft und Gesellschaft auf einzelwirtschaftlichen Eigennutz politische Gestaltung erzwingt.

Der Beginn der wissenschaftlichen Laufbahn ließ die heutige Bedeutung von John Kenneth Galbraith kaum ahnen. 1931 schloss er das Studium am Ontario Kolleg für Landwirtschaft an der Universität Toronto ab. Nach der Promotion mit einem Thema aus der Agrarwirtschaft an der Universität von Kalifornien in Berkeley wandte er sich endgültig den großen Fragen der Entwicklung kapitalistischer Ökonomien zu. 1948 landete er in Harvard und blieb diesem Ökonomenmekka treu. Heute residiert er in einer altertümlichen Villa auf dem dortigen Campus. Durch seine vielen Bestseller zu Reichtum gekommen, verbrachte er regelmäßig seine Winterferien im vornehmen Nobelskiort Gstaad in der Schweiz – jedoch nicht nur zum Skifahren, sondern auch Schreiben. Seine Produktivität als Forscher, Lehrer, Politikberater, vor allem aber als Aufklärer einer breiten Öffentlichkeit ist atemberaubend. Allein schon die Fähigkeit, seine Erkenntnisse gut lesbar und mit beißendem Witz gespickt zu vermarkten, musste Neid, ja Ablehnung in der Ökonomenzunft auslösen. Er selbst bekennt offen, dass er stolz darauf ist, komplexe ökonomische Zusammenhänge verständlich zu präsentieren. In einem Interview von 1999 betont er: „Ja, ich schreibe für ein breites Publikum, weil mir das schmeichelt, aber auch weil meiner Ansicht nach das Verstehen der Funktionsweise der Wirtschaft – und insbesondere die Tendenz der Privilegierten, ihre eigenen Interessen zu pflegen – eine der wichtigsten Dinge in einer Demokratie ist.“

Der Werdegang von Kenneth Galbraith ist eng mit der Geschichte des zwanzigsten Jahrhunderts verbunden. Er beschränkt sich nicht nur auf die politisch-ökonomischen Entwürfe, Analysen und deren Verbreitung. Ihn drängt es immer wieder in die Politik. In der Politik agiert er jedoch weitaus weniger erfolgreich. In den frühen vierziger Jahren wird er unter Präsident Franklin D. Roosevelt der Leiter der Preisabteilung im Büro für Preispolitik und öffentliche Versorgung. Bei dem Versuch, Preiskontrollen gegen die kriegsbedingte Inflation durchzusetzen, scheiterte er an der Lobby der Großunternehmen wegen ihres ungezügelten Anspruchs auf Preissetzung. Diese bittere Erfahrung mit dem politischen Einfluss der ökonomisch mächtigen Unternehmensgiganten sollte später seine Analyse des ökonomisch vermachteten US-Kapitalismus nachhaltig prägen. In der Kampagne für die Präsidentschaft von John F. Kennedy 1960 unterstützte er massiv seinen alten Studienfreund. Dieses Engagement brachte jedoch wohl auch wegen der präsidentialen Sorge über den unkontrollierbaren Querdenker keinen Ministerposten im Kennedykabinett. Dabei war sein politischer Spürsinn für sich anbahnende Krisenherde stark ausgeprägt. Galbraith hatte frühzeitig Kennedy vor der Gefahr der Involvierung in den späteren Vietnamkrieg gewarnt. Jedenfalls setzte Kennedy ihn von 1961 bis 1963 als Botschafter in Indien ein. Diese Erfahrungen mit der wichtigen Rolle der Diplomatie der USA fanden Eingang in sein Konzept einer „solidarischen Gesellschaft“. In gleichnamigen Essay von 1998 wird eine „partnerschaftliche und sozial orientierte Außenpolitik“ für die heutige USA gefordert.

Wenn schon nicht im Zentrum der Macht, so war ihm der Einfluss durch seine Veröffentlichungen gewiss. In der Kennedy Familie kursierte der Spruch: „Es gibt zwei Dinge, die Du lesen musst: die Bibel und irgendein Buch von Galbraith“. In seinen erst viel später herausgegebenen „Briefen an Kennedy“ geht er auf die ökonomischen, sozialen und ökologischen Herausforderungen ein. Sein Hang, Einfluss auf die offizielle US-Politik zu nehmen, endet jedoch jäh mit dem Wechsel zu den republikanischen Präsidenten. Präsident Reagan mit seiner Politik der Reichtumspflege sowie der amtierende Präsident Bush mit seiner imperialen Außenpolitik stehen im Zentrum seiner Kritik des aus dem Ruder laufenden US-Kapitalismus.

Sein wissenschaftliches Werk ist heftig umstritten. Das Spektrum der Beurteilung reicht vom großen Visionär in der Tradition von Thorsten Veblen und Joseph Schumpeter bis hin zum marxistisch verblendeten Sozialisten. Vom viel schreibenden Populisten ohne wissenschaftlichen Tiefgang ist die Rede. Der Ökonomenpapst Paul A. Samuelson soll dem schlaksigen Zweimeter-Mann aus Harvard abgesprochen haben, überhaupt Ökonom zu sein. Diese Kritik scheint die Ökonomenzunft zu teilen. Während Samuelson bereits im zweiten Jahr der Vergabe den Nobelpreis für Ökonomie erhielt, ist auch in diesem Jahr Galbraith wieder nicht bedacht worden. Als Galbraith dieser Rausschmiss aus der Ökonomenzunft bekannt wurde, kommentierte er selbstbewusst: „Nichts könnte mich weniger berühren. Ich glaube nicht, dass jemand, der nur Ökonom ist und soziale wie politische Gedanken ausklammert, irgendeine Bedeutung für die reale Welt hat“. Immerhin, der größte Außenseiter der Wirtschaftswissenschaft war viele Jahre erfolgreicher Präsident der ersten Adresse für die Ökonomenwelt, der American Economic Association. Galbraith ist in der Tat nicht der Ökonom, der sich auf abstrakte Modelle zur preisgesteuerten Gleichgewichtsdynamik einlässt. Bei ihm steht die interdisziplinäre Methode im Vordergrund. Mit seiner Analyse der Bewegungsgesetze des entfesselten Kapitalismus versucht er bis zu den Belastungen individuellen Verhaltens vorzustoßen. Er kann wohl als ein wichtiger Wegbereiter einer evolutorischen Institutionenökonomik in der Tradition von

Thorsten Veblen in Anspruch genommen werden. Dabei sind es die institutionellen Veränderungen und großen Strukturen, die einzelwirtschaftliches Handeln prägen. Die pessimistische Analyse der durch die ökonomische Machtkonzentration zusammen mit dem Regime der Kapitalfunktionäre schwindenden Innovationskraft der Wirtschaft teilt er mit Alois Joseph Schumpeter. Aber auch den Einfluss durch die Anatomie des Kapitalismus von Karl Marx hat Galbraith nie verleugnet. Deshalb war er noch lange kein Marxist, sondern setzte auf allerdings tief greifende Systemreform. Obwohl er den großen Engländer John Maynard Keynes oft widersprochen hat, große Übereinstimmungen sind unübersehbar. Er begründet wie auch Keynes die Notwendigkeit politischer Gestaltung zur Vermeidung von Wirtschaftskrisen, zur Versorgung mit öffentlichen Gütern und zur Umverteilung gegen systembedingte soziale Risiken. Wie er im Untertitel seines 1998 vorgelegten Essays zur „solidarischen Gesellschaft“ betonte, ordnungspolitisch plädiert er „für eine moderne soziale Marktwirtschaft“ und damit gegen die rückwärtsgewandte Entfesselung der Märkte bis in die Bereiche der Kultur und des individuellen Verhaltens hinein.

Mit einer vielfältigen Empirie widerlegt John Kenneth Galbraith die die neoklassische Theorie anleitende Idylle vom vollkommenen Wettbewerb. Vielmehr dominiert schon lange Konzentration auf wenige Megaunternehmen. So wird strategische Preissetzungsmacht auf den monopolistischen Märkten eingesetzt. Preise, mit denen der Gewinnaufschlag gegen den Wettbewerb durchgesetzt wird, steigen, obwohl die Nachfrage sinkt. Die unsichtbare Hand – die „invisible hand“ –, über die die einzelwirtschaftliche Rationalität hinter dem Rücken der Akteure die gesamtwirtschaftliche Wohlfahrt optimieren soll, ist längst durch das Shakehand der Multis bzw. transnationalen Unternehmen abgelöst. In einem seiner ersten, 1952 vorgelegten Bestseller zum „American Capitalism“ zeigt er einerseits die durch ökonomische Monopolmacht geprägte Entwicklung. Andererseits hält er es wohl auch mit dem Gespür für die realen Machtverhältnisse nicht für erforderlich, die Monopole zu zerschlagen. Vielmehr setzt er darauf, dass ökonomisch geballte Macht Gegenmacht durch Gewerkschaften und andere Institutionen erzeugt. Durch die Ausbalancierung der Machtverhältnisse („countervailing power“) lassen sich die großen Herausforderungen lösen. Deshalb muss auch der Staat durch Interventionen bis hin zur Planung Macht und Gegenmacht im Gleichgewicht halten. Dieses Modell des „organisierten Kapitalismus“ verliert jedoch in den letzten Jahren an Bedeutung. In dem 1967 vorgelegten Bestseller „Der moderne Industriestaat“ („The New Industrial State“) greift er die neueren Entwicklungen im „organisierten Kapitalismus“ auf. Entscheidend ist die voranschreitende Trennung Kapitaleigner – Share holder – gegenüber der wachsenden Schicht von Kapitalfunktionären in der Abhängigkeit von der Technostruktur. Aus heutiger Sicht hat Galbraith jedoch den in den letzten Jahren ausgebauten Einfluss der Kapitaleigener gegenüber den Topmanagern unterschätzt. Heute werden die Bosse auf den Vorstandsetagen durch überhöhte Renditevorgaben zum kurzfristigen Wirtschaften getrieben. Die Anpeitscher sind die Agenten der Shareholder, vor allem die großen Fondsvertreter sowie ein kleine Clique von Analysten im Machtzentrum der New Yorker Börse.

Die Notwendigkeit der politischen Gestaltung des modernen Kapitalismus leitet Galbraith in seinem wohl wichtigsten Werk der „Gesellschaft im Überfluss“ (The Affluent Society) ab. Aus dem Skiurlaub im schweizerischen Nobelort Gstaad hat er dieses Werk mitgebracht und 1958 publiziert. Ökonomisch bezahlbare Bedürfnisse – so der Nachweis – werden durch die Profitwirtschaft bedient und vorangetrieben. Während dadurch der Überfluss im privaten Reichtum wächst, verarmen mangels

Einkommen nicht nur die zahlungsunfähigen Konsumenten. Vor allem aber verarmt der öffentliche Sektor, weil es keinen entsprechenden Mechanismus zur Sicherstellung seiner notwendigen Produktion gibt. Privatwirtschaftlicher Reichtum innerhalb sich ausbreitender öffentlicher Armut ist die Folge. Dies belegen verwahrloste Städte, eine defizitäre Infrastruktur und riesige Einkommensarmut. Galbraith argumentiert für den Abbau dieses Ungleichgewichts zwischen Staat und Privatwirtschaft. Diese Anatomie der Überflussgesellschaft wurde zur Bibel des „Kriegs gegen die Armut“. Programme für die Gesundheitsfinanzierung, öffentlichen Wohnungsbau, bessere Ausbildung und Sozialausgaben werden gefordert. Die Aktualität dieses Widerspruchs zwischen privaten Reichtum und öffentlicher Armut ist unübersehbar. Durch eine reichtumschonende Steuerpolitik und Umschichtung der Einnahmen und Lasten im föderalen Bundesstaat konzentriert sich heute die öffentliche Armut auf die Gemeinden.

Also, nicht nur auf diesem Feld ist Galbraith aktueller denn je. Möglicherweise wäre der blendende Aufstieg und unerbittlich folgende Fall der Börse im Schlepptau der New Economy anders verlaufen, wären seine Mahnungen aus dem Bestseller „Die große Depression 1929“, den er bereits 1958 vorgelegt hat, verinnerlicht worden. Jedenfalls liefert Galbraith eine Fülle von wertvollen Argumenten gegen die Ideologie und Praxis der heute dominierenden neoliberalen Entfesselung von Wirtschaft und Gesellschaft. Das 1998 vorgelegte und bereits zitierte Essay „Die solidarische Gesellschaft“ fasst sein Werk vermächtnishaft zusammen. Die Grundmerkmale einer solidarischen Gesellschaft durch eine „moderne soziale Marktwirtschaft“ sind Beschäftigung, Aufstiegschancen für alle Menschen, eine gute Bildung, Freiheit von sozialen Unruhen, ein stabiles Netz, Abbau der elenden Bürokratie sowie eine partnerschaftliche und sozial orientierte Außenpolitik.

Sein erkenntnisleitendes Interesse und damit moralisches Fundament war und ist: „Die moralische Rechtfertigung für Ökonomen liegt in der Frage, ob sie die Welt verbessern können, in der sie Leben.“ Daran sollten künftig Wirtschaftssysteme und deren ökonomischen Theoretiker, Ideologen sowie Politiker gemessen werden.